

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 6 (1986)
Heft: 11

Rubrik: Dossier : "Bürgerkrieg", "Terrorismus", "Totalitarismus",
"Linksfaschismus"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

'Bürgerkrieg', 'Terrorismus', 'Totalitarismus', 'Linksfaschismus'

Materialien zur begriffstrategischen Desinformationspolitik in der 'liberalen' Presse am Beispiel Nicaragua.

Das Versäumnis, den Feind in Betracht zu ziehen, ist eine fundamentale Schwäche eines demokratischen Bündnisses. Wir brauchen Änderungen, um die Lebensfähigkeit grundlegender strategischer Ideen wie die folgenden zu bewahren: das Primat der Abschreckung, die Unverletzlichkeit des Bündnisgebiets, wirksame Aufteilung der Lasten, und das Konzept der 'Flexiblen Reaktion'. Vorneverteidigung ist nach wie vor eine politische und strategische Forderung.

Fred Ikle, Staatssekretär im U.S. Verteidigungsministerium, an der Internationalen Wehrkundetagung.

Frankfurter Rundschau 18.3.86

Für die propagierte "Vorneverteidigung" braucht die Reagan-Doktrin auch den "Krieg der Ideen" (T.A., 22.5.86). Die rechtsintellektuelle Publizistik der westeuropäischen und schweizerischen Contra-Lobby (WOZ, Nr. 20, 16.5.86) versteht ihre US-imperialistische Öffentlichkeitsarbeit als "politische Aufklärung" (M. Kriele, FAZ, 28.5.86), gesprochen wird dabei von einem "Interesse an den rechts- und staatsphilosophischen Hintergründen des Geschehens" oder von "Modellstudien", die es kommunikel zu machen gilt. Im folgenden einige Auszüge. Ch. Mühlemann (mü.) in der NZZ vom 22./23.3.86 schreibt:

"Zum einen zitiert Reagan die Entwicklung in Lateinamerika während der letzten Jahre, die ihm als eine **"demokratische Revolution"** erscheint; andererseits erinnert er an die **sowjetische Expansionspolitik** in Afrika und Asien, die es einzudämmen gelte. Reagans Vorschläge unterscheiden sich in wesentlichen Zügen von der Politik mancher seiner Vorgänger, etwa Kennedys oder Johnsons, die gegenüber dem kubanischen Revolutionsexport und zur Begründung des Vietnam-Engagements in globaler Vereinfachung aller Welt das amerikanische Demokratiemodell anpriesen und in gewissem Sinne aufzwingen wollten, sowohl mit der "Allianz für den Fortschritt" wie in Vietnam jedoch an regionalen Eigenkräften scheiterten.

In einer Differenzierung, die früheren amerikanischen "Doktrinen" zur Aussenpolitik zumeist fehlte, geht die von der Administration Reagan entworfene Strategie auf **regionale Gegebenheiten** ein. Es ist von religiösen Motiven, von Stammessolidarität, von Kolonialrückständen und von aufgezwungenen Ideologien die Rede, die ein Volk zum Freiheitskampf bewegen könne, und es heisst, dass die Ziele und Hoffnungen der verschiedenen Nationen, die ihre **Selbstverwirklichung** suchen, nicht immer mit amerikanischen Erfahrungen und Vorlieben übereinstimmen. Darauf habe sich Amerika einzustellen; aber eine "Welt der Unterschiede" sei durchaus vereinbar mit den Wertvorstellungen der Vereinigten Staaten.

Das nimmt sich sehr realistisch aus, und man kann nur wünschen, dass es der gegenwärtigen Administration und nachfolgenden Regierungen in Washington gelingen

werde, diesen Leitsätzen zu folgen. (. . .)

Die Sandinisten dürften allerdings nicht wie Duvalier und Marcos mit sanftem Druck von der Macht zu entfernen sein, was vorbehaltlos Reagans Ziel zu sein scheint; diplomatischen und militärischen Drohgebärden gegenüber versteifen sie sich nur.

Das wird durchaus klar, wenn die Bereitschaft vorhanden ist, die Besonderheiten „totalitärer“ Regime einerseits und „autoritärer“ andererseits zu sehen. Dazu sind vor-derhand weder die amerikanische Öffentlichkeit noch vielleicht eine Mehrheit der Parlamentarier bereit. *Jeane Kirkpatrick's* Modellstudie über Totalitarismus und Autoritarismus, deren Publizierung ihr seinerzeit einen Kabinettsposten eintrug, mag in vielen Details zu „instrumentalistisch“ und zu undifferenziert ausgefallen sein. Tatsache bleibt, dass es beispielsweise zwischen Somoza oder Batista und ihren Nachfolgern schwerwiegende Unterschiede gibt.

Die einen, die autoritären Gewaltherrscher, *unterdrücken* den Volkswillen, während ihn die totalitären Diktaturen mittels totaler Kontrolle und totaler Indoktrinierung „*abschaffen*“. Solange ihre Macht und ihr Drang nach Bereicherung nicht gestört werden, kümmern sich Leute vom Schlage Somozas oder auch Marcos' wenig um das Privatleben ihrer Untertanen; Castrismus und Sandinismus hingegen wollen es von der Wiege bis zur Bahre ihrer *Ideologie* unterwerfen. Weder Somoza noch Marcos wären auf die Idee gekommen, ihr „*System*“ einem *anderen Land aufzuzwingen*; aber der Leninismus und seine Jünger vertreten eine „Revolution ohne Grenzen“. Autoritäre Herrschaften unterliegen gleichsam einer ökonomischen Erfolgskontrolle; wenn sie abgewirtschaftet haben, verschwinden sie, wie viele lateinamerikanische Militärregime der letzten Jahre. Castro hält sich trotz übelster Misswirtschaft, weil er systematisch alle Widerstandsmöglichkeiten ausgeschaltet hat.

Aus verschiedenen Gründen interner und externer Art haben die sandinistischen Genossen Fidels den zielstrebig eingeschlagenen *Weg zur totalen Kontrolle* der Nicaraguaner *noch nicht zu Ende gehen können*. Ein Faktor ist die militärische Opposition der Contras, ein anderer die Abwehrhaltung der Kirche. Reagan hat in Nicaragua, wie er selbst sagt, die „historische Chance“ erkannt, zum erstenmal eine totalitäre Entwicklung aufhalten zu können, bevor sie in den Totalitarismus gemündet ist, und er hat sich auch gesagt, warum denn für einmal nicht auch die Vereinigten Staaten eine „Befreiungsbewegung“ schaffen und unterstützen sollten, um ihre Interessen zu wahren.“

Auch für die „Terrorachse Tripolis-Managua“ fehlt es in der NZZ (pgp. 25.4.86) nicht an „Suggestierungen“: „Washington suggeriert, dass sich die Sandinisten in Libyens „Internationale des Terrorismus“ eingegliedert haben. Wieweit dabei zwischen traditioneller Guerillatätigkeit, die in Lateinamerika immerhin eine gewisse politische Ehrenhaftigkeit genießt, und *Terrorismus im engeren Sinn* unterschieden wird, ist nicht immer klar. Die internationalistische Solidarität der Sandinisten mit linken Guerillabewegungen steht ausser Frage.“

Ideenpolitisch in die Offensive geht der Kölner Staatsrechtler M. Kriele, Erstunterzeichner des westeuropäischen Contra-Bundes „Internationale de la Resistance“ (FAZ, 23.3. u. 30.3.85), bis vor kurzem noch SPD-Mitglied, bevor er einem Ausschlussverfahren wegen seines 'Nicaragua-Berichts' zuvor-kam und spektakulär die SPD verliess. Kriele sprach auch an einer Tagung der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ am 8. März in Muri, organisiert von Sager's „Ostinstitut“ in Bern. Kriele, so die NZZ (11.3.86), „glossierte die nicaraguanischen Wahlen von 1984 als substanzlos. Die Beurteilung der Gegner, der Contras, und der Ursprünge und Ziele des Bürgerkrieges seien klassische Beispiele einer Desinformation der Weltöffentlichkeit.“

Inzwischen hat Kriele seine Sichtweise vorgelegt. Unter dem Titel „Die

linksfaschistische Häresie" (FAZ. v. 28.5.86) schreibt er u.a.:

"Der seit den sechziger Jahren unaufhaltsam erscheinende Siegeszug der schwärmerischen Befreiungsbewegung bricht sich aber nicht nur am Fels der Kirche, sondern auch an praktischen Erfahrungen. Allenthalben wächst die Tendenz zur Redemokratisierung der lateinamerikanischen Staaten. Die Wirklichkeit in den "befreiten" Ländern Kuba und Nicaragua — nämlich zunehmende Unterdrückung und Verelendung — wird nicht mehr überall einfach nur verdrängt, sondern — wenn auch zum Teil noch widerstrebend — verarbeitet. Dies weckt das Interesse an den rechts- und staatsphilosophischen Hintergründen des Geschehens. Die Diskussion gewinnt an Sachlichkeit, Verantwortlichkeit und Tiefe.

Um den aktuellen Problemstand zu skizzieren, muss man zunächst an den Ausgangspunkt, den Übergang von der Theorie des "desarollo" (Entwicklung) zur Theorie der "dependencia" (Abhängigkeit) in den sechziger Jahren, anknüpfen: Trotz der Entwicklungshilfe wurde die Armut grösser, öffnete sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter. Die Enttäuschung, ja Verzweiflung darüber macht aufnahmebereit für die Theorie, der zufolge sich die Armut der Dritten und der Reichtum der Ersten Welt gegenseitig bedingen: Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Dritten Welt von den Industriestaaten, vor allem die Lateinamerikas von den Vereinigten Staaten, beruhe auf kapitalistischen und imperialistischen Ausbeutungsstrukturen. Von diesen gelte es sich zu befreien.

Eine Reihe von Tatsachen verlieh dieser Lehre ihre Überzeugungskraft: zum Beispiel Verdrängung einheimischer Ökonomie durch internationale Konzerne, Erscheinungsformen eines in Lateinamerika durch einen ordnungspolitischen und sozialrechtlichen Rahmen kaum gebändigten Frühkapitalismus, Interventionen der Vereinigten Staaten in Lateinamerika, Diktaturen im Namen der "nationalen Sicherheit". Es gab und gibt in der Tat politische und wirtschaftliche Strukturen, ohne deren Überwindung keine Aussicht auf Besserung besteht. Die lateinamerikanischen Bischofskonferenzen von Medellin (1968) und Puebla (1979) bekannten sich deshalb zu einer "Option für die Armen", und das hiess auch: zu einem politischen Engagement der Kirche für eine Befreiung von ungerechten Strukturen. Auch der Papst stimmte ausdrücklich zu. Ein lebendiges religiöses Leben in den Basisgemeinden artikulierte sich in den verschiedenen Varianten einer "Theologie der Befreiung", die von deutschen Theologen vielfältig beeinflusst, von Lateinamerika nach Deutschland zurückstrahlte, wo sich eine idealistische Jugend mit dem Befreiungskampf der Dritten Welt solidarisierte. Vom Standpunkt der politischen Aufklärung war dies eine Entwicklung, die an sich zu Optimismus Anlass gegeben hätte.

Indes hat sich in dieser Befreiungsbewegung immer deutlicher ein schwärmerischer Ast in den Vordergrund geschoben, der sich sowohl von der politischen Aufklärung als auch vom Christentum entfernte und sich aus marxistischen, faschistischen und häretischen Komponenten zusammensetzte.

1. Am Anfang stand die naiv-unkritische Übernahme der "dependencia"-Theorie in einer Gestalt, die die komplexen Probleme masslos simplifizierte. Die Armut Lateinamerikas hat ja in Wirklichkeit vielfältige Ursachen, von denen die meisten mit der "Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten" nichts zu tun haben. Wir kennen aus der Religionssoziologie seit Max Weber den Hintergrund der — im Sinne des modernen Industrialismus — "rückständigen" katholischen Länder, nicht nur der Lateinamerikas, sondern auch etwa Spaniens und Portugals. Wir kennen die lateinischen grossbürgerlichen Traditionen mit ihrem Mangel an sozialer Verantwortung und ihrer Anfälligkeit für reaktionäre Diktaturen. Wir kennen die unterentwickelte Sozialstaatlichkeit, aber auch die Nichtanwendung gerechter Gesetze durch korrupte Behörden, die Ausnutzung von Unwissenheit und Wehrlosigkeit der Armen, den spanischen Hochmut gegenüber den Indianern. Wir kennen die Einflüsse von Bevölkerungsvermehrung, Klima und ethnischen Besonderheiten, von Landflucht und Slumbildung in den Grossstädten, von den Unzulänglichkeiten des Schulwesens und Gesundheitswesens. Wir kennen die Bedeutung von Handwerk und Mittelstand für die wirtschaftliche Entwicklung, den Segen von Agrarreform und Landverteilung — kurz, den Facettenreichtum der internen Probleme. (...)

In der Meinung, diese Art Befreiungskampf sei originär lateinamerikanisch und könne nur aus der aktiven Teilnahme heraus beurteilt werden, schnitten sich diese Schwärmer von der Tradition der politischen Aufklärung ab. Die an Menschenrechten und Gewaltenteilung orientierte Demokratie galt ihnen als "europäische" und folglich unbeachtliche, ja gefährliche Idee, die dem Aufbau des Sozialismus im Wege stehe und Antikommunismus zur Folge habe. Durch Aufklärung über die europäischen Erfahrungen mit dieser Art Sozialismus werde, so heisst es, "den lateinamerikanischen Christen auf neokolonialistische Weise vorgeschrieben, dass sie das Christentum auf die Weise des bürgerlichen Katholizismus Europas zu verwirklichen haben" (Norbert Greinacher). Also bleiben sie ungewarnt, bis sie — irreversibel — hereingefallen sind.

Die Simplifikationen der "dependencia"-Theorie erzeugen ein Freund-Feind-Denken, in dem sachliche Argumente unwirksam werden. Der Feind steht in Washington, der Freund in Moskau. Diese marxistische Parteilichkeit bedeutet Inhumanität in dreierlei Hinsicht: erstens die Verweigerung der Anerkennung des naturrechtlichen Anspruchs des Menschen, im Rechtszustand und nicht unter einer Willkürherrschaft zu leben — Zynismus —, zweitens die Verweigerung der brüderlichen Solidarität mit den Millionen Opfern kommunistischer Herrschaft — Unbarmherzigkeit —, drittens die vorbereitende Mitwirkung an der Verführung anderer Völker, ja ganzer Kontinente in einen irreversiblen Totalitarismus — Verantwortungslosigkeit.

2. Obwohl diese Art von "Befreiungsbewegung" im Kern marxistisch ist, ist sie doch von zahlreichen Elementen durchsetzt, die uns aus der Geschichte des Faschismus und Nationalsozialismus vertraut sind: Volksmystik (einschliesslich "Volkskirche", "Volksgerichtshof"), Führerkult (Fidel Castro wird "der Führer" genannt), Gewaltverherrlichung (der Guerrilla mit der Kalaschnikow als Symbol christlicher Befreiung), irrationalistische Verachtung von Vernunft und Wissenschaft (insbesondere von Rechtswissenschaft und Nationalökonomie), freiwillige Parteidisziplin mit Blockwartssystem (Komitee zur Verteidigung der Revolution), Sturmtrupps ("turbas"), Aufmärsche mit Liedern, Fahnen und Parolen ("Führung, befiehl!"), Aufbruchstimmung in eine neue Zeit mit einem neuen Menschen. (. . .)

Die Verschmelzung von Faschismus und Marxismus ist nicht überraschend, wenn man weiss, wie verwandt beide in ihren totalitären Staatssystemen sind und wieviel gegenseitige Entlehnungen es auch ideologisch von Anfang an gab. Auch wenn sich die marxistische und die faschistische Rechtfertigungsideologie in einzelnen Elementen, insbesondere in der Akzentuierung der Zentralverwaltungswirtschaft und im Rassismus, unterscheiden, so haben sie doch die staatsrechtliche Grundstruktur gemeinsam. In den zwanziger und dreissiger Jahren standen sich zwar beide Bewegungen als feindliche Zwillinge gegenüber — als einander heftig bekämpfende Rivalen im Befreiungskampf gegen den gemeinsamen Feind. Sie unterschieden sich nicht nur inhaltlich, sondern auch im Niveau: der Marxismus kann mit Recht einen höheren intellektuellen und moralischen Anspruch erheben und übt seine bezaubernde Verführungskraft auf sensiblere und geistigere Menschen entsprechend wirksamer aus. Dessenungeachtet aber ist der gemeinsame Nenner beider Bewegungen die Ersetzung der Rechtsidee durch die Parteilichkeit und damit die Verwerfung der Achtung vor Menschenwürde, Freiheit und Gleichberechtigung. (. . .)

Diese handelt in ihrem antiwestlichen Kampf aber nach wie vor folgerichtig, wenn sie sich mit der lateinamerikanischen Befreiungsbewegung, trotz ihrer faschistischen Elemente, verbindet. Es bedurfte nur geringer ideologischer Konzessionen, um Denkstrukturen und psychologische Motivationen faschistischer Prägung in den Leninismus einzubinden und zu einem "Linksfaschismus" zu verschmelzen, der vor allem die Redemokratisierung Lateinamerikas bekämpft (. . .)

Nicaragua ist die Probe aufs Exempel: Die Befreiung von der Somoza-Tyrannie führte nicht in die Errichtung einer Demokratie mit Gewaltenteilung und Menschenrechten, sondern in einen totalitären "nationalen Sozialismus" mit eindeutiger Sowjetorientierung.

Wenn man das politische System als "Linksfaschismus" bezeichnet, so hat dieser Begriff keine polemische Bedeutung, sondern dient als sachliche politologische Kennzeichnung. Er besagt dreierlei: 1. Die Machtstrukturen weisen alle typischen Merkmale faschistischer Herrschaft auf. 2. Politik und Ideologie sind aber zugleich sowjetorien-

tiert und sowjetgestützt. 3. Faschismus und Marxismus sind ideologisch und organisatorisch zu einer Einheit verschmolzen; das Engagement für die Armen und Unterdrückten mündet in Parteinahme für die Mächtigen und Privilegierten in den "befreiten", das heisst sozialistischen Staaten. In diesem Sinne hat der Begriff "Linksfaschismus" also eine viel substantiellere Bedeutung als in seiner ursprünglichen Prägung durch Jürgen Habermas, der ihn nur auf naziähnliche Turbulenzen linker Studenten bezog. Er kennzeichnet den Staatstypus, den diese Befreiungsbewegung anstrebt, und die Methoden der Agitation und Propaganda, die seiner Unterstützung dienen.

3. Der schwärmerische Zweig der lateinamerikanischen Befreiungsbewegung erhält seine politische Stosskraft erst durch die Unterstützung jener "Befreiungstheologie", die den christlichen Glauben in die politischen und weltanschaulichen Zusammenhänge des Linksfaschismus einschmilzt, ihn ihnen ein- und unterordnet, ihn umdeutet und instrumentalisiert (. . .)

Neue Überbietungen kommen hinzu und mischen sich in die Befreiungstheologie hinein: die "Theologie ohne Gott" (die sogenannte "Oben-ohne-Theologie") oder die ausdrückliche Verherrlichung des "schöpferischen Hasses". Wer zudem noch in Nordkorea und Vietnam den Tyrannen geschmeichelt und die Armen und Unterdrückten dort übersehen hat, ist würdig, auf dem Ökumenischen Weltkongress die deutsche Theologie zu repräsentieren und die Dritte Welt zum Kampf gegen die Demokratie aufzurufen.

Auch im katholischen Raum erzeugt das linksfaschistische Engagement einen geistigen Sog, in dem Priester, Ordensleute und Theologen abtrünnig werden, während sie aber zumeist ihre Ämter und Funktionen behalten und dann "Pluralismus und Toleranz in der Kirche" fordern. Dagegen leistet die Kirche zunehmend Widerstand, vor allem dort, wo sie die in ihrer Konsequenz liegende Kirchenverfolgung unmittelbar zu spüren bekommt, insbesondere in Nicaragua. (. . .)"

WoZ

Neue Serie in der WoZ

Fabrikreportagen

von Schweizer

SchriftstellerInnen



Niklaus Meienberg, Al Imfeld,

Monique Laederach, Res Strehle,

Alberto Nessi, Gaston Cherpillod,

Laure Wyss, Isolde Schaad, P.M.,

Beat Sterchi, u.a.